

Energiewende

Bauern fordern Maut für Stromtrassen

Das Geld soll die durch die Verlegung der Erdkabel drohenden Ernteauffälle und Schäden im Ackerboden ausgleichen



Von Norden nach Süden, quer durch die Republik sollen die Erdkabel-Korridore führen. Auch Ackerflächen wird man dafür aufreißen müssen. Foto: Martin Gerten/dpa

Die Bauern wollen für die geplanten unterirdischen Stromtrassen durch ihre Ackerböden eine Maut. "Die Netzbetreiber bekommen die Rechte zur Durchleitung und für viele Jahre eine garantierte Rendite. Da ist es aus unserer Sicht nur logisch, dass wir über eine Entschädigung hinaus einen Anteil bekommen", sagte der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, Walter Heidl. "Wir reden nicht über einen einmaligen Betrag, sondern über eine dauerhafte Abgabe." Die Gräben, die für die Stromtrassen in den Boden gerissen werden müssten, seien gigantisch, sagte Heidl nach der Besichtigung einer Baustelle in Norddeutschland. Auch wenn auf die etwa dreißig Meter breiten und zwei Meter tiefen Furchen wieder aufgefüllt seien, brauche der Boden Jahre, bis er sich erhole habe. "Das natürliche Gefüge im Boden wird zerstört. Für die ersten Jahre ist überhaupt keine Bewirtschaftung möglich." Wenn die Bauern für den durch den Trassenausbau verlorenen Grund auch noch Ausgleichsflächen für den Naturschutz bereitstellen müssten wie für andere Baumaßnahmen, seien sie doppelt gestraft, sagt Heidl. Außerdem sei es unlogisch: Die Flächen dienten indirekt durch "sauberen" Strom bereits dem Umweltschutz.

Die Politik sei nun gefordert, hier brauchbare Regelungen zu finden. Was die Bauern verlangten, sei im Vergleich zu den hohen Kosten für die Erdkabel verschwindend. Mit dem Vorrang für die sehr viel teurere Erdverkabelung war die Bundesregierung Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) entgegengekommen. Dieser hatte gegen die Freileitungen gekämpft, weil der Widerstand in Bayern gegen vermeintliche "Monstertrassen" groß sei.

Die Stromnetzbetreiber Tennet und Transnet hatten im Herbst ihre Vorschläge für mögliche Erdkabel-Korridore vom Norden in den Süden vorgelegt. Die Vorschläge werden nun von der Bundesnetzagentur geprüft; auch Bürger können sich beteiligen. Erst in einigen Jahren soll der

exakte Verlauf der beiden Stromtrassen von Schleswig-Holstein nach Baden-Württemberg sowie nach Bayern feststehen. Die Leitungen sollen nicht vor 2025 in Betrieb genommen werden und dann den Strom aus erneuerbaren Energien wie Windparks im Norden in den industriereichen Süden transportieren.

DPA, SZ, 27.12.16